

# Lehrer Anzeiger



Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Lebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.30 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köhleben.  
Druck-Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.  
Geschäftsstelle in Lebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigenkosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Monatspreis 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Lebra — Bankverein Artern.

Nr 124

Sonnabend, den 19. Oktober 1929

42. Jahrgang

## Reichspräsident und Volksbegehren.

Hindenburg will nicht in den Streit gezogen werden.

— Berlin, 17. Oktober.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Reichspräsident an den Reichsanwalt das nachstehende Schreiben gelangen lassen:

Berlin, den 16. Oktober 1929.

Sehr geehrter Herr Reichsanwalt!

Mit steigendem Vertrauen habe ich die Wagnisnahme machen müssen, daß in dem Kampf um das Volksbegehren sowohl von dem Reichsausschuß für das Volksbegehren als auch von den das Volksbegehren betreffenden Parteien und Gruppen meine Person und meine mutmaßliche persönliche Meinung zur Frage des sogenannten Young-Planes in die Agitation hineingezogen wird. Von der einen Seite wird behauptet, daß ich ein Freund des Volksbegehrens wäre, und von der anderen. Sehr betont, daß ich nicht für die Annahme des Young-Planes eingetreten hätte.

Demgegenüber stelle ich fest, daß ich niemandem die Ermächtigung erteilt oder sonst einen Anlaß gegeben habe, meine persönliche Meinung zu diesem Problem bekanntzugeben. Ich habe im Gegenteil stets betont, daß ich mit meiner endgültigen Stellungnahme zu dem Young-Plan bis zu dem Zeitpunkt vorbehalte, in dem die hochbedeutsame Frage zur Entscheidung reif ist und nach Maßgabe der Artikel 70, 72 und 73 der Reichsverfassung zur Entscheidung über eine Veränderung oder eine Aushebung der Verfassung verfassungsmäßig zustandekomme. Gehe ich nicht mit mir heran, und hierzu halte ich mich wie vor.

Ich bitte Sie, Herr Reichsanwalt, hieron Kenntnis zu nehmen und das Vorbehaltene in dem Kampf um das Volksbegehren beteiligten Parteien und Gruppen in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihre ergebener

von Hindenburg.

Von Seiten der Reichsregierung wird hierzu erklärt: „Die Reichsregierung erwartet, daß die an der Agitation für und gegen das Volksbegehren beteiligten Gruppen, vor allem der Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren, die Person des Herrn Reichspräsidenten entsprechend seinem Wunsch nur im Meinungsstreit um die Gesetzesanträge für das deutsche Volksbegehren fernhalten.“

## Hart auf hart.

Die deutschnationalen Anträge im Landtag.

— Berlin, 17. Oktober.

Der Preussische Landtag überwiegt zunächst einen deutschnationalen Antrag vor den Hauptplan für die Erfurter Bildungsfrage. Nachdem die Annahme des Hauptplans der Stadt Erfurt verlangt, ohne Aussprache dem Hauptauschuß.

Es folgte die zweite Beratung des volksparteilichen Antrages in der Fassung des Beschlusses des Gemeindeforschusses über Veränderungen der Landgemeindeförderung. Nach kurzer Aussprache, in der verschiedene Bedenken gegen die Vorlage laut wurden, wurde der Gegenentwurf wieder von der Tagesordnung abgelehnt. Es folgte dann

die gemeinsame Beratung

von fünf deutschnationalen Anträgen. In einem dieser Anträge wird die Staatsregierung ersucht, im Weichrat gegen den Youngplan zu stimmen. Nach dem zweiten Antrag soll die Staatsregierung im Dienstausschuß die sofortige Rückfrage des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Wöhl aus Amerika veranlassen. Ein weiterer Antrag verlangt die Aufhebung des für Rheinland-Westfalen ausgedruckten Stahlhelm-Verbots, ein anderer Antrag fordert eine Erklärung des Staatsministeriums, daß jeder Beamte das Recht habe, sich am Volksbegehren und am Volksentscheid gegen den Youngplan zu beteiligen. Schließlich ist mit der Beratung verbunden das von den Deutschnationalen gegen das Gesamtministerium eingebrachte Mißtrauensvotum, das mit dem Stahlhelm-Verbot bearbeitet wird.

Hg. Baeker (Dnl.)

Begründete die deutschnationalen Anträge. Selbst sei das deutsche Volk von seiner Regierung so unzulänglich und falsch unterrichtet worden wie jetzt über den Youngplan. Bei richtiger Berechnung ergäbe sich, daß der Youngplan dem Wagesplan gegenüber nicht das kleinere Übel darstelle, sondern daß er infolgedessen die Dauer des deutschen Stahlhelmschiffes als den Wagesplan. Die in den ersten zehn Jahren eintretende Entlastung sei so gering, daß die Antilagen großer Steuerermäßigungen schon längst wieder zurückgenommen werden müßten. Biand hatte vor den deutschen Delegierten im Haag erklärt, jetzt sei durch Ausschließung einer Fide des Locarno-Vertrages endlich die vorher fehlende Möglichkeit geschaffen worden, an Ort und Stelle in der rheinischen entmilitarisierten Zone Unternehmungen anzustellen. (Hört, hört!) Wenn ein Teil der Deutschnationalen seinerzeit dem Wagesplan zustimmte, so geschah das in der Erwartung, daß die deutsche Politik nun so gefestigt werden würde, daß in dem bald eintretenden Augenblick der Revision des Dawesplans Deutschland wirtschaftlich gerüstet dastände. Die deutsche Politik ist aber den entgegengesetzten Weg gegangen. Jetzt würde aller-

dings eine Damestrie verhängnisvolle Wirkungen für die deutsche Wirtschaft haben, (hört, hört!) aber eine Youngtrike noch schlimmer. — Die Bedrohung der Beamten, die sich an dem Volksbegehren beteiligen, bedeutet einen großen

Bruch der Verfassung

und des geltenden Beamtengesetzes. Das Verbot des Stahlhelms ist von dem volksparteilichen Abgeordneten von Karzdorf nicht kritisiert und nurerteilt worden. Wir werden alle Kraft daran setzen, die Verwirklichung des Youngplans zu verhindern. Darum stehen wir trotz Meinungsverschiedenheiten im einzelnen geschlossen hinter diesem Volksbegehren. (Beifall rechts, links.)

Ministerpräsident Braun:

Ich habe nicht die Absicht, mich mit dem Vorkredner über die Einzelheiten des Youngplans auseinanderzusetzen. (Anruhe rechts.) Dazu ist hier weder der geeignete Ort noch der geeignete Zeitpunkt. (Rufe rechts: Aber im Rundfunk haben Sie darüber gesprochen!) Im Rundfunk habe ich an den gelunden Menschenverstand appelliert, hier aber habe ich es mit Ihnen (nach rechts) zu tun. (Große Unruhe rechts; Rufe: Abgeleitet!) Wenn der Abgeordnete Baeker betonte, ich hätte unseren ehemaligen Kriegsgegnern mit meiner Rede Waffen in die Hand geliefert, so läßt er sie also ebenso politisch finstlich und dumm ein wie die Anhänger des Volksbegehrens.

Das Volksbegehren will die Minister, die den Youngplan abschließen, wegen Landesverrats ins Justizhaus bringen. Es stellt somit den besten Schwert und infamsten Angriff dar, der überhaupt gegen eine Regierung geführt werden kann. Ein Beamter, der sich daran beteiligt, begeht ungewöhnlich einen Verstoß gegen seine Beamtenpflichten. Kein Staat der Welt, der noch auf Ansehen und Anständigkeit Anspruch erhebt, kann sich dergleichen gefallen lassen.

Aus dieser Erkenntnis heraus habe ich in meinem Rundfunkvortrag ausgesprochen, daß ich nicht verstehen würde, wenn ein Staatsbeamter das Volksbegehren unterstützt und sich damit den Vorwurf des Landesverrats (sowie den Antrag auf Justizhausverbringung der obersten Reichsbehörde zu eigen machte. Diesen Standpunkt nehmen auch die großen Beamtenverbände ein, was für den gelunden Sinn, der in unserer Beamtenpflicht herrscht, spricht. Ich spreche deshalb auch hier noch einmal namens des gesamten Staatsministeriums die bestimmte Erwartung aus, daß sich jeder Staatsbeamte in vollem Bewußtsein seiner Pflichten die er auch gegenüber dem Staat gegenüber hat, darüber klar sein wird, daß ein Eintreten für das Volksbegehren, gleichviel in welcher Form, mit seinen Beamtenpflichten nicht vereinbar ist. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien, stürmische Zurufe und Anrufe rechts.)

Innenminister Gezeinski

ging im einzelnen bei die Gründe ein, die ihn zum Verbot des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen veranlassen. Er stellte fest, daß an Hand umfangreichen Materials einwandfrei festgestellt worden sei, daß es sich bei dem Geländebild, das der Anlaß des Verbotes war, um ein militärisches Manöver nach den neuesten militärischen Grundsätzen gehandelt habe. Das Volksbegehren ist amtlich zugelassen und wird selbstverständlich ohne Behinderung verfassungsmäßig durchgeführt. (Großes Gelächter und Zurufe rechts.) Ich bedinge mich durchaus nicht im Widerspruch zu dem Ministerpräsidenten, denn eine Beteiligung am Volksbegehren ist mit den verfassungsmäßigen Pflichten des Beamten nicht vereinbar. Anmacht ist, daß das Volksbegehren irgendeine Weise in der Durchführung gegeben worden wäre, auch das Material für die Durchführung des Volksbegehrens wegzunehmen.

Ein Zwischenfall.

In diesem Augenblick wurden von Dienen zwei große Tafeln in den Saal gebracht und hinter dem Minister aufgestellt, auf denen eine große Anzahl von Waffen aller Art angeheftet waren. Diese Waffen sollen in nationalsozialistischen Verammlungen beschlagnahmt worden sein. Es entstand eine derartige Unruhe, daß Vizepräsident von Kries mit seiner Gede nicht mehr durchbringen konnte und die Sitzung für kurze Zeit unterbrochen werden mußte.

Die zweite Sitzung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Innenminister Gezeinski in Fortsetzung seiner Rede, er sei aus tiefster Erkenntnis über das Gelächter, mit dem die Aufstellung der Waffen auf der Rechten begleitet worden sei. Mit den angeheften Waffen seien auch Polizeiwaffen versehen worden. (Hört, hört! bei den Regierungsparteien.) Ein Teil der Waffen sei auch den Kommunisten abgenommen worden. (Lärm bei den Kommunisten.) In diesen Zusammenhängen zeige sich eine ungläubliche Verwundung und Entfremdung des politischen Kampfes.

Hg. Veiner (So.)

betonte, die Sozialdemokraten ständen mit dem festen Willen hinter der Regierung, während in Deutschland herzutreten, die es jedem ermöglichen, sich ohne Verstoß gegen die Politik zu betätigen.

Hg. Steuer Dnl.

erklärte, die vom Minister angeheften Waffen seien offenbar

bei einzelnen Personen vorgefunden worden. Daß sie systematisch von einer Partei benutzt werden sollten, sei nicht anzunehmen. Es müsse sehr merkwürdig berühren, wenn die preussische Regierung unter Berufung auf ein vom Ausland dem deutschen Volke aufgelegtes Entlohnungsgesetz das Verbot des Stahlhelms erteile. (Sehr richtig! rechts.) Die wahren Gründe seien in dem Kampf gegen das Volksbegehren zu suchen. Militärische Übungen unternehme auch das Reichsinnere.

Hg. Kube (Nat.-Soz.)

beantragte die Herbeiführung des Ministerpräsidenten Braun. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Rechten und der Kommunisten angenommen, da die Bänke der Regierungsparteien nur schwach besetzt waren.

Innenminister Gezeinski

nahm dann noch einmal das Wort, um sich zu dem Antrag auf Zurückberufung des Oberbürgermeisters Wöhl zu äußern. Entgegenstand wurde er sich nicht gegen das Anstreben der Abgeordneten Kube während seiner ersten Rede und nannte ihn eine „Profanation in Verfall“. (Vizepräsident Dr. von Kries rief diese Ausdrucksweise. — Die Nationalsozialisten rufen dem Minister zu: „Kleiner Mühsal in der Wechselschleife!“) Der Minister betonte, daß die Staatsregierung es ablehnen werde, diesem Einzelakt grundsätzliche Bedeutung für die Frage der Selbstverwaltung und Selbstbetätigung beizulegen.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

— Berlin, 18. Oktober.

Der Preussische Landtag überwiegt zunächst ohne Aussprache einen deutschnationalen Antrag, der die Einmütigkeit der deutschnationalen Anträge, die dem Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren die Ermächtigung ihrer Schuldverpflichtungen für die Raiffeisenbank um 300 000 Mark gewährt werde, dem zuständiger Ausschuss.

Annahme fanden eine Reihe von Anträgen des Hauptauschusses, worin u. a. gebietet wird, daß in weiteren Umfragen Vertreter der Landwirte auf zur Befreiung von Mitterungsgebühren hinzugezogen werden. Ferner soll das Staatsministerium zur Behebung der Arbeitslosigkeit im Winter wieder einen Teil der laufenden Baunterhaltungsmittel zur Verfügung stellen.

Der Minister leitete der Landtag die Zeit der Mitglieder für den neu eingeleiteten Elster-Untersuchungsausschuß auf 29. fest. Sodann wurde

die politische Aussprache

über die deutschnationalen Anträge fortgesetzt. Hg. Dr. Böhm (DNP.)

stimmte dem Antrag auf Zurückberufung des Oberbürgermeisters Wöhl zu. Die endgültige Entscheidung über den Youngplan lie in dem jetzigen Stadium unmöglich, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. Was den Stahlhelm betrifft, so bedauern viele Freunde, daß eine Teilung in die politische Arena durchgeführt sei. Notwendig sei die genaueste Nachprüfung der Verbotserweise. Der Minister hätte hier seine Antwort schonen sollen. Es würde aufs wärmste zu begrüßen, wenn die großen Parteien freimütig ihre Unterwerfung anerkennen und zu bürgerlichen Formen zurückkehren würden. Zum Volksbegehren erklärte der Redner, daß kein Beamter, der der Deutschen Volkspartei angehöre, seine Unterpflichten darunterlegen werde.

Hg. Niebel (Dem.)

betonte, der Hg. Steuer (Dnl.) habe unangebracht erklärt, daß es den Verehrten des Volksbegehrens nur um den Kampf gegen die Republik gehe. Nach der Ansicht der Demokraten könne ein Beamter für das Volksbegehren nicht eintreten, denn sonst würde bei einem Mißerfolg des Volksentscheidendes der Fall eintreten, daß der Beamte die Durchführung des Young-Gesetzes selber demütigt Landesverrat beginge.

Hg. Hestermann (Dnl.) erklärte, trotz der abweichenden Haltung seiner Partei gegenüber dem Youngplan habe sie das Volksbegehren für ein ganz ungelegnetes Mittel. Hg. Niebel (Deutsche Fraktion) betonte, seine Fraktion sei Gegner des Volksbegehrens, hinter dem die Drahtzieher des Großkapitals händeln. Die politische Befreiung der Beamten müsse aber unter allen Umständen gewahrt bleiben. Hg. Kaufmann (Nat.-Soz.) nannte die Beschlüsse im Haag einen weiteren Schritt auf dem Wege der Vorherrschafft des internationalen Finanzkapitals. Hg. Ems (Soz.) erklärte, bei der Ratifizierung des Young-Gesetzes werde sich der Reichspräsident von Hindenburg überlegen müssen, ob er dem Stahlhelm immer noch als Ehrenmitglied angehören könne.

Hg. Dr. von Winterfeld (Dnl.) gab eine Erklärung ab, in der es heißt: Die preussische Regierung hat durch den Herrn Ministerpräsidenten gestern im Landtag erklärt lassen, daß sie die Beteiligung von Beamten am Volksbegehren nicht mit den Pflichten der Beamten für vereinbar hält und daß sie Verträge gegen diese Auffassung abhandeln würde. Demgegenüber stellt die deutschnationalen Landtagsfraktion fest, daß durch die Zulassung des Volksbegehrens durch den Reichspräsidenten zum Ausdruck gebracht ist, daß das Volksbegehren nicht verfassungswidrig ist, also die Beteiligung daran gegen keinerlei gesetzliche Bestimmungen, insbesondere auch nicht gegen Disziplinargesetze verstoße. Das Vorgehen der preussischen Regierung ist demnach nichts anderes als ein plumper Einflüsterungsversuch gegen die Beamtenpflicht. Wir haben den

Nebr., 19. Oktober.

Missionsfilm. Schon jetzt wird darauf hingewiesen, daß 30. Okt. am Dienstag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr im großen Saale des „Preussischen Hofes“ ein Missionsfilm gezeigt werden soll, der von Kampf und Sieg des Evangeliums auf Mexiko handelt. Missionar Bienenberg, früher in Sumatra, wird als Redner dienen. Der Film reißt vom 20. Oktober bis 13. November durch den Nordkreis über die Welt und ist früher zu ihm gehalten worden. Es wird empfohlen, sich den genannten Abend frei zu halten. Vaterländischer Frauenverein. Wie bereits erwähnt, findet am Dienstag, nachm. 27. Uhr, im Schützenhause zu Nebra die Jahresversammlung des Vaterl. Frauenvereins vom Roten Kreuz im Kreise Duerfurt statt. Der Saal wird hierzu entsprechend dekoriert sein. Von gemeinsamen Gesängen umrahmt stehen auf der Tagesordnung nach der Begrüßung durch die Frau Vorsteherin die Erhaltung des Jahresberichtes durch Oberpfarrer Göttsche und Rechnungslegung, ferner ein Vortrag von Frau Minna Jäh. Ein Film wird die Anwesenheit durch die vielerlei Arbeitstätigkeiten des Vaterl. Frauenvereins führen, das Schlußwort hat Herr Pastor Schreiber-Meinhold zu sagen. Die dieses Ereignisses wird selbstverständlich herzlich begrüßt sein, den hoffentlich recht zahlreich eintreffenden Besucherinnen durch kleinere Aufführungen die Stunden des Vereins recht angenehm ausgefallen.

Oktoberfest. Das diesjährige Münchener Maß macht sich das Leben nicht so schwer als vor Mittel- und Norddeutschland. Man geht dort mehr ins Glas, frisiert und jodelt und läßt die Sorgen abwaschen, wenn der Weg ins Wirtshaus angetreten wird. Den Höhepunkt des Münchener Besuchs bringt das Oktoberfest. Ein solches läßt sich ja kaum wo andershin verpflanzen, aber in kleineren Städten verlohnt sich das Oktoberfest, wenn es in der Stadt durchgeführt wird. Die Lokalitäten sind auf prächtige dekoriert, musikalische Unterhaltung wird frohe Stimmung bringen und für alles nötige sorgen wird die vollzähligen unterhalten. Aber als eine große Stundung gibt es immer noch, der festliche Oktoberfest im Saalgebäude.

Stadt-Platzspiele. „Wagnis wird verworren.“ — Wer hat sich bei der Schließung der Schenken ferner verworrenen Netzwerke in den Freizeitschritten der Schenken erfinden, eine bildliche Darstellung der scheinbar durchgeführten Lebensläufe zu sehen. Jetzt bringt der Film die Erfüllung all der Wünsche. Am Sonntag bringen die scheinbar Rednerinnen über die weiße Wand und wenn ein Soldatener im Wirtshaus schläft, ist zur Stelle. — Den humoristischen Teil vertritt ein Film, der eine vom Reich verordnete Zensur zeigt. Ja, Reich hat heute wohl so mancher, aber nicht immer ist Humor bei der Sache.

Personalien des Amtsgerichts. Durch Verfügung des Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten in Naumburg a. Saale vom 14. d. Mts. ist Herr Gerichtsrat Max Thiele vom Oberlandesgericht in Naumburg zum Justizobersekretär ernannt und als Amtsnaufseher des Herrn Justizinspektors Fedner an das Amtsgericht in Nebra a. H. versetzt worden.

Wendelstein in der Kunst. Der weit über die Grenzen hinaus bekannte Kunstmaler Heinrich Lauer in Proßlau hat mit Liebe und Fleiß ein Werk geschaffen, indem er die den Enden des Industriales herrschende hilflose Wagnis in die Welt der Kunst in anschaulich darstellend und dem Gemüthsfontaine. Die Bilder sind nicht nur mit großem Sinnen, das an die Technik und hohe Kunst aller Meister erinnert, gefasst, sie sind auch mit großer Liebe, von der jeder Strich zeigt, ausgeführt. Alle Gemälde bilden eine glückliche Harmonie und eine traumhafte Tiefe des Tones, die das Auge fesselt. Die Webereie der mittelalterlichen Bauten und des Geflechtes gelang Herr Lauer mit brillanter Genauigkeit und wurden von ihm außerordentlich fein empfunden. An all seinen Bildern ist besonders die Beleuchtung interessant und von ganz besonderem Reiz. All dies gibt den Bildern Lauer einen lebendigen plastischen Inhalt und läßt sie in jedem Einzelteil zusammenhängen. Wie wir erfahren, werden von dem Künstler auch die historischen Wandmalereien der näheren und weiteren Umgebung gemalt. So mancher Kunstfreund denkt wohl bereits jetzt an die Befragung eines geeigneten Werkstoffes für einen lieben Vaterland, das hat tiefen Erinnerungen an die liebe Heimat zu wachen vermögen. Allen denen kommt der schaffensfrohe Künstler Lauer zu Hilfe. Eine Befragung seiner Arbeiten ist wohlhaft lohnend und bereichernd.

Rundfunkempfang in Mitteldeutschland. Der für die Welle 452 m gebaut worden war, arbeitete auf der Welle 259 m nicht zufriedenstellend. Unter anderem ließ sich Wellenkonstanten zu wünschen übrig. Mehrfache Umbauten brachten zwar Besserung, nicht aber die alte Betriebsfähigkeit. Es ist deshalb, wie bereits mitgeteilt, zunächst ein, Ertragender mit der Leistung des alten Senders ausgelegt und am 9. Oktober in Betrieb genommen worden. Die Beobachtungen lassen erwarten, daß der Ertragender der mitteldeutschen Empfang wesentlich verbessert hat. Der für Leipzig bestimmte endgültige Rundfunkempfang, dessen Herstellung im Gange ist und dessen Leistung etwa 30 v. S. höher sein wird als die des Ertragenden und des alten Senders, wird voraussichtlich im Dezember in Betrieb genommen werden.

Probleme. (Von der Schillingen.) Was ein 80jähriges Problem kann in diesem Jahre unsere Schillingen zuordnen; sie sind diesen Ereignissen gegenüber die höchsten, im Oktober stattfindenden Stiftungsfestlichkeiten, deren diesmal durch ein vorher stattfindendes gemeinsames Essen erweitert werden soll. Diese Veranstaltung findet morgen (Sonntag) abends im Saale der „Weintraube“ statt. Die Schillingenliste ist in einer Extrablatt und Drangzeit, ähnlich wie wir sie jetzt wieder durchlesen, geändert worden. Gute Kameradschaftlichkeit zu halten war das Ziel der Begründer und diesem Grundsatze ist die Bank einer immer guten, sicheren Führung bis auf den heutigen Tag treu geblieben. War auch manchmal der Mitgliederbestand der Gilde recht schwach, der Wille zum Durchhalten der sitzenden Männer ergriff immer wieder die Oberhand, die Gilde wurde fester und fester und bildet heute mit ihrem über hundert zählenden Mitgliederbestande den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens in unserem Ort. Wäre es weiter blühen und nie höher ein Sammelplatz sein all denen, die ihre Liebe zum Vaterlande über den ferneren Hader der Parteien stellen.

Wiese. Die Soffnung, in unserem Schillingen eine Einheitsliste zu bringen, darf wohl ebenfalls als gescheitert angesehen werden. Nachdem der Büngeverein in einer Versammlung die Unmöglichkeit betont hat, auch noch eine eigene Liste aufzustellen, und Landwirtschaft mit Handel und Gewerbe ausgehend immer

Staatsgerichtshof angerufen, um durch sein Feststellungs-urteil das Recht jenseits Beamten, sich beim Volksbegehren einzuschließen, ausbrüchlich festzustellen. Abg. Weisemann (Ztr.) nennt den Antrag über die vorzeitige Rückkehr zum Oberbürgermeisters Weg einen nicht agitativen Antrag, da eine wissenschaftliche Rückkehr dadurch nicht erzielt werden könne. Abg. Aufhäuser (Dem.) warf dem Abg. Baeder (Dnt.) vor, er habe eine politische Mißverständlichkeit aufgemacht. Es sei doch möglich nicht so gleichgültig, wenn man jetzt 700 Millionen weniger anleihen und Reichsbank und Reichsbahn von den ausländischen Fesseln befreit würden. Es sei Moral mit doppeltem Boden, wenn man die Vorgänge bei der Berliner Stadterhaltung für das Volksbegehren ausschloß. Korruption gebe es auch bei den Deutschen. Er erinnere nur an die Verschwendung des deutsch-nationalen Abg. Bruhn über die zweifelhafte Verwendung der Mittel der nationalen Nothilfe.

... und zum Schluss Verhörung der Gemüter. Das Haus genehmigt dann noch Anträge des Ausschusses für die Grenzgebiete, die das Staatsministerium erlassen, binnen 6 Monaten dem Landtag einen Plan der gegenwärtig im Gange befindlichen

Fürsorgemaßnahmen. Weiter wird gefordert Franchising, Besorgung der gewöhnlichen Unternehmungen bei öffentlichen Aufträgen, Entgegenkommen bei Steuerfälligkeiten und Steueranbahnungen, Ausbau der Grenz- und Verwaltungsbahnen, Bau von Kleinbahnen, Ausbau der Wasserstraßen, besonders auch der Oder, Steigerung der Wohnungsvorsorge in den östlichen Grenzgebieten, Förderung der Siedlung und der Kultur usw. Zustimmung fand auch ein Antrag des Hauptauschusses, die Verhältnisse der aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet in die brandenburgische Landwirtschaft umgewandelten Bergarbeiter zu prüfen. Die Novelle zum Gesetz über die Auflösung der Familien Güter ging an den Rechtsausschuß.

Das Haus verlegt sich dann auf nächsten Mittwoch, 13. Uhr.

Angen der Tagesordnung stehen die Steuernotverordnung, die Anträge über die Staatsnotverordnung, die Zustimmung über den Vertrauensantrag und die übrigen Anträge aus der politischen Ausprache.

Aufruf Eugenbergs an die Deutschenationalen.

Der Vorliegende der Deutschenationalen Volkspartei, Dr. Eugenberg, erläßt folgenden Aufruf an die Mitglieder und Wähler seiner Partei:

Auf zwei Menschenalter hinaus soll nach dem Willen der jetzigen Parteiregierung das deutsche Volk für das Ausland stehen. Mir nämlich wachsender Ueberzeugung meines Gefühls und mit zunehmender Verbitterung und Verleumdung aller Berufsstände soll es einen Tribut bezahlen, der mit der Hilfe von Deutschlands Schuld an Kriege begründet wird. Der Schuld für die deutsche Wärfung soll preisgegeben werden. Deutschland soll die Unterstützung unter einen Vertrag geben, von dessen Lebensfähigkeit und Untertragbarkeit jeder Zweifel überzogen ist. Eine solche Unterstützung ist nicht nur unethisch, sondern auch lächerlich und gefährlich, weil sie Deutschland neuen Schuttsamen aufwirft.

Das deutsche Volksbegehren soll den Tributplan verhindern und das deutsche Volk vor seinen Gefahren bewahren.

Die derzeitige Regierung hat das Volksbegehren zulassen müssen, damit ist es zu einer gefassten Abstimmung gekommen, an der teilzunehmen das verfassungsmäßige Recht jedes Deutschen ist. Um ihre Politik nicht als verfehlt erklären zu lassen, kämpft die Regierung mit allen Mitteln eines schlechten Gewissens gegen das Volksbegehren. Unter Mißbrauch der amtlichen Propagandamittel, insbesondere des Rundfunks, und unter fesseliger Einschaltung des Staatsapparates läßt sie einseitige und falsche Darstellungen ins Land gehen. Sie versucht die von ihr Abhängigen unter unerhörten Druck zu setzen. Das Volksbegehren, der nach der Befragung gefasste Ausdruck des Volkswillens, wird als Grund der Befassung bezeichnet, Beamte, die dafür stimmen, werden beschimpft. Herr Göring droht mit Terror. Die Regierung führt ihr bereits aus, indem sie Beamte, die für das Volksbegehren einstimmig verfassungsmäßig durch Zufriedenheit herbeiführt. Aus fabelhaften Gründen und in klarer Verletzung der Verfassung werden Verbände angeklagt, die die Bewegung des Volksbegehrens tragen, um damit das Volksbegehren selbst zu schädigen.

Diese rechtswidrige Kampfesweise wird nun das Gegenteil ihres Zweckes erreichen. Lüge und Terror werden nur die Zahl derjenigen vergrößern, die durch Eintragung in die Listen ihren gesunden Willen und den Widerspruch gegen solche Kampfmethoden zum Ausdruck bringen.

Ich rufe die Deutschenationalen Volkspartei auf, werde in vorderster Linie zu stehen. Tragt Euch als erste in die Höhe ein! Sorgt für Auffklärung und Aufrechterhaltung in den noch nicht erreichten Kreisen! Mächt nicht, bevor alle, die nur irgend zugänglich sind, sich eingetragen haben! Votst Euch nicht durch die Freigen und Gleichgültigen einschließen! Vor allem aber: Verhinder Sabotage und Sammelstellen der Behörden! Geht richtigerlos vor, wo verfassungswidrige Parteistellen die verfassungsmäßige Handlung zu lösen sind! Verlangt Formungsbild der Verfassungen von Beamten und gefasstenhalten zur Kenntnis der Parteimitglieder! Setzt jedem Terror entschlossenen Willen entgegen! Geht mit dem Mut der Ueberzeugung und mit dem Vertrauen auf eine gerechte Sache in den Kampf! Wer in den nächsten Wochen verfaßt, macht sich mit schuldig an der weiteren Verfassung seines Volkes und kann vor den kommenden Geschickern nicht bestehen.

Kein Stahlhelmverbot fürs ganze Reich.

Eine Falschmeldung der „D. A. Z.“

Die „D. A. Z.“ berichtet: „Wie wir zuverlässig erfahren, haben Oberpräsidenten verschiedener Provinzen die ihnen nachgeordneten politischen Beamten darauf hingewiesen, daß unter Umständen schon für die nächste Zeit ein allgemeines Verbot des Stahlhelms für das ganze Reich ausgedrückt würde. Diese aus uns einwandfreie Quelle zu gehende Mitteilung muß deshalb höchst merkwürdig berühren, weil der für das Verbot des weltdeutschen Stahlhelms angegebene Grund des militärischen Vorgehens Geländespiels für den Gesamtschutzel nicht in Frage kommen kann.“

Wie hierzu vom Reichsinnenministerium erklärt wird, ist diesem von einer Absicht, das Stahlhelmsverbot auf das ganze Reich auszudehnen, nichts bekannt. Auch ist ein Antrag auf Zustimmung zu einem derartigen Verbot beim Reichsinnenministerium nicht gestellt worden. Vom preußi-

schen Innenministerium wird erklärt, daß weder mündlich noch schriftlich eine Mitteilung oder Anweisung an die Oberpräsidenten ergangen sei, die den Auftrag zu einer Unterstützung der nachgeordneten politischen Beamten in diesem Sinne enthalten habe. Die Nachricht der „D. A. Z.“ ist gänzlich unzutreffend.

Rundfunk und Volksbegehren

Stuttgart, 18. Oktober. In der Pressebesprechung vom Süddeutschen Rundfunk am auch die Benutzung des Rundfunks durch die Reichsminister aus Anlaß des Volksbegehrens zur Sprache. Der Leiter des süddeutschen Rundfunks, Generalmajor Dr. Weiser, betonte die grundsätzliche parteipolitische Neutralität des Rundfunks, die nur durch die sogenannte Zwangsansage der Staats- und Reichsregierung, die einen Teil der Konzeption darstellt, eingeschränkt sei. Diese Einschränkung sei vom Standpunkt des Rundfunks aus, der lediglich kulturelle Aufgaben habe, jedoch nicht. Es sollte doch möglich sein, für politische Zwecke andere Kanäle zu benutzen. Von dem Recht auf Durchgabe solcher Auftragsnachrichten haben bisher alle Regierungen Gebrauch gemacht, wenn auch nicht in diesem Umfange, wie anläßlich des Volksbegehrens. Die Wirkung auf die Hörer war naturgemäß ganz verschieden. Drohreden und Zustimmungserklärungen seien in großer Zahl eingegangen, doch habe der Rundfunk in dieser politischen Angelegenheit kein Interesse daran, Schläge oder Dank zu erteilen.

Kreditangebot an das Reich

... und das Zündholzmonopol.

Berlin, 17. Oktober. Als in Berlin die Verhandlungen mit dem Leiter des Reichshofrates liefen, tauchte die Nachricht auf, Deutschland hätte von englisch-amerikanischer Seite ein Kreditangebot erhalten, das außerordentlich günstig lautete und an seine Bedingungen geknüpft worden sei. Man könnte nun den plötzlichen Abbruch der Kredit- und Monopolverhandlungen in Berlin mit dieser Meldung in Zusammenhang bringen. Es ist aber nur eine Verbindungsspekulation. Seitens der Regierung sind freilich beträchtliche Einschränkungen in der Monopolfrage gemacht worden. So will sie unbedingt das Hauptprivatrecht über die Verkaufspreise behalten. Leber die kritischen Punkte werden schon in altermännlicher Zeit weitere Vorschläge gemacht werden.

Was das englisch-amerikanische Kreditangebot anlangt, so darf gesagt werden, daß sein Angebot gemacht worden ist, sondern für den Fall einer günstigeren Kapitallage aus ein größerer Kredit in Aussicht gestellt worden ist. Das ist das Ergebnis von Verhandlungen, die namhafte Bankleute im Auftrage der Regierung führten. Bekanntlich hat der Reichsfinanzminister die Absicht gehabt, ein Auslandsanleihen aufzulösen. Er sah dann ab, weil der Geldmarkt besonders in Amerika das Aufkommen der Anleihen ungünstig erscheinen ließ. Aber die damals geführten Verhandlungen ließen doch erkennen, daß das Auslandskapital günstig ist, im Falle des dem Deutschen Reiches einen größeren Kredit zur Verfügung zu stellen. Diese Aussicht stärkt selbstverständlich dem Finanzminister in den Verhandlungen mit dem Schwebendsten das Mißtrau, und seine konsequente Haltung allein war der Grund, daß die sortierten Verhandlungen in letzter Stunde unterbrochen wurden.

Dofar Großföhel endlich freigelassen.

Dresden, 17. Oktober. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit, daß der Bibliothekar Großföhel aus Meissen, der wegen Spionageverdacht in der Tschekoslowakei verhaftet und mehrere Monate lang in Untersuchungshaft gehalten worden war, endlich freigelassen worden ist. Die Freilassung erfolgte, weil sich der Verdacht der Spionage als unbegründet erwies.

Aus dem Inn und Auslande.

Saarregierung und arbeitslose Bergarbeiter.

Saarbrücken, 18. Oktober. Die Regierungskommission des Saargebietes hat beschlossen, daß diejenigen arbeitslosen saarländischen Bergarbeiter des Saargebietes, die die ihnen gebotene Arbeitslosigkeit in den französischen Gruben verzeihen, der Erwerbslosenunterstützung verlustig gehen. Dieser Verlust der Saarregierung, der zur Erfüllung der Belegschaft der lothringischen Gruben dient, wird in der Bergarbeiterschaft maßlose Empörung erregen.

Einführung von Osterreids alter Volkshymne?

Wien, 18. Oktober. Im Zusammenhang mit der Verfassungsreform ist geplant, an Stelle der bisherigen Bundeshymne, deren Text von den sozialistischen Nationalrat und gewissen Staatskanzler Dr. Karl Renner und dem Minister von Wilhelm Ringl stammt, das Österreichische, neu textierte von Odober Kerndorf, treten zu lassen. Es käme also wieder die alte Hymne-Symme, die mehr als hundert Jahre Österreichs Volkshymne war, zur Geltung. Auch das österreichische Wappen soll abgeändert werden.

Verzürzte Aufstellungen für verlegte Festschiffen.

Rom, 18. Oktober. Anlaßlich der diesjährigen Feier des Marsches auf Rom hat die italienische Regierung ein Gesetz herausgebracht, das für die Friedenszeiten im Vaterlandsdienst verletzten Veronen gleiche Vergünstigungen wie für Kriegssoldaten vorsieht. An der Begründung des Gesetzes hat Mussolini, mit vieler Vorliebe, die Worte der Dankbarkeit des Landes von neuem den Patrioten gegenüber ausgesprochen, die ihre Person für den Triumph der sozialistischen Revolution einsetzten.

Verzürzte Dienstpflicht ohne Bezahlung.

Madrid, 18. Oktober. Der König von Spanien hat auf Vorschlag des Kriegsministeriums einen Erlass erlassen, wonach die vom Heeresdienst eingezogenen Soldaten gegen Bezahlung einer bestimmten Summe nur zu sechs Monaten Dienstzeit verpflichtet sind, die wiederum in zwei Abteilungen von vier und zwei Monaten eingeteilt ist.

Der Lohnschiedspruch für den oberösterreichischen Bergbau verbindlich. Der Lohnschiedspruch für den oberösterreichischen Bergbau, der eine Lohnerhöhung um 4 v. S. vorsieht, ist vom Reichsauer Arbeitsministerium für verbindlich erklärt worden.

Habis Allah hat sich ergeben. Wie aus Peshawar gemeldet wird, hat sich Habis Allah, der in der Tatabelle von Kabul zur Luftschiff gelandt hatte, dem neuen Naikshah Amir Khan ergeben.

Freundschaftsvertrag zwischen Italien und Panama. Vom italienischen Außenminister und dem Vertreter Panamas wurde in Rom ein Freundschafts-, Schiffsfahrts- und Handelsvertrag zwischen Italien und Panama unterzeichnet, der die gegenseitige Rechtsgleichstellung vorsieht.

nach nicht zu einem Ziele gekommen sind, werden wir in unserem Gemeinwesen eine ange Zerstörung erleben und mit 5-6 Tausend an den Stadtbordsteinen zu rechnen haben.

**Domborf.** Am kommenden Sonntag wird hier eine feierliche Abreise stattfinden durch den Herrn Superintendenten und Herrn Abgeordneten. Der Gottesdienst beginnt um 9 Uhr in Domborf, um 11 Uhr wird im Gangehens durch den Herrn Superintendenten Kirchweihpredigt gehalten. Um 2 Uhr wird dann in Kloster Domborf abgereist. Am Nachmittag wird eine Sitzung stattfinden und abends 6 Uhr Familienabend in Domborf den Freitag beschließen. Hoffentlich werden alle Veranstaltungen durch einen guten Verlauf ausgefallen.

**Bad Vikra.** Einem fleißigen Einwohner sind angeblich 800 Mark aus seiner Wohnung gestohlen worden. Als dies die Frau bemerkte, ersah sie darauf, daß sie vor Schreck die Sprache verlor; sie liegt bis heute noch nicht wieder erholten.

**Uffungen am Kaffhäuser.** Leiden und im Kaffhäuser. In einer der am schwersten jugendlichen Höhlen des Kaffhäuser und Hartzgebirges, der sogenannten Diebeshöhle, in welcher sich von altersher lichtscheues Gesindel zu verbergen pflegt, sind kürzlich die Höhlenbewohner, welche seit Wochen nach vorgeschickten Nachrichten, die hier vielfach gefördert werden, stieg man auf eine fast verfallene männliche Leiche. Umweir der Leiche lag ein Spazierstock und eine Wölge. Ob ein Unfall oder ein Verbrechen vorliegt, muß erst noch festgestellt werden.

**Wilmers.** Die neue Thüringer Expedition ist die. Der Vorsitzende des Thüringer Höhenvereins, Prof. Dr. Hög von Wilsdorf, der bekannte Entdecker der Feengrotten, hat gemeinsam mit zahlreichen Mitgliedern der Drisgruppe Neutadt an der Orla des Thüringer Höhenvereins eine sorgfältige und umfangreiche Erforschung des ganzen Höhenzentrums im Saßhen herum vorgenommen. Das mittelhöchste Ergebnis der Untersuchung der Bahrener Höhle ist recht erfreulich. Es hat sich herausgestellt, daß die unterirdische, weitere Ausdehnung vorläufig nur in ganz bescheidenem Maße zugänglichen Höhlenräume allem Anschein nach recht reich ist. Die heute, freudige Auffassung der paläontologischen Funde im Wilmersbruch von Neutadt hat die günstigen Umstände für eine starke Höhlenbildung auch in der weiteren Umgebung des Bahrener Berges bestätigt. Überall zeigen sich harte ausgedehnte Höhlenräume und Höhlenräume die von räumlicher Höhlenbildung mit Gängen erfüllt ist. Das reichliche Vorkommen dieser ehemaligen Höhlenräume läßt einwandfrei auf ein weit ausgedehntes unterirdisches Höhlennetz schließen, das nun etwa im Laufe eines Jahres zielbewußt erschlossen werden soll. Diese Arbeiter liegen in den Höhlen der Drisgruppe Neutadt an der Orla des Thüringer Höhenvereins unter Leitung von Oberbibliothekar Compter und Oberpostlektor Richter, die unter der wissenschaftlichen Oberleitung von Prof. Hög von Wilsdorf die gelungene Zugänglichmachung der späteren Schaubühnen von Neutadt ausführen werden. Die Knochenfunde lagern im Höhlenraum der Höhlenhöhle und kommen von ausgefallenen Tieren, deren Art und Gattungen augenblicklich wissenschaftlich genau festgestellt werden. Vor Wandertieren ist bisher nichts nachgewiesen. Die dunkel-schwarzen Einlagerungen im Höhlenraum beläuen eine Umkehr, einer eisenhaltigen Eisenablagerung, die sich häufig in Klüften findet.

**Jena.** Aufhebung des Weihnachtsmarktes. In einer Verammlung des Einzelhandelsverbandes Jena wurde mitgeteilt, daß der Verband eine weite Verminderung der Weihnachtsmärkte erreicht hat, so daß in diesem Jahre kein Weihnachtsmarkt abgehalten wird. Auch der Kampf gegen die Weihnachtsmärkte wird ergriffen. In den letzten drei Sonntagen vor Weihnachten sollen die Läden von 2 bis 6 Uhr nachmittags offen gehalten werden.

**Schleiz.** Bei einer schweren Schlägerei, die abends in Saalburg zwischen Arbeitern, die bei den Sperrarbeiten beschäftigt sind, stattfand, wurde der 23 Jahre alte Hugo Timm aus Wachsenburg durch einen Schlag auf den Arm und Unterleib so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus zu Ebersdorf gestorben ist. Als Täter kommt der 19 Jahre alte Rudi Wanger aus Saalburg in Frage. Er wurde dem Amtsgericht Schleiz zugewiesen.

**Waldorf.** Bei einer Revision. Vor einigen Tagen wurde bei einer Revision der Hüder des Sperr- und Vorflutbereichs Waldorf ein Fehlbetrag von 24-80000 Mark entdeckt. Nach Prüfung der Sachlage scheint weniger ein Betrugsfall als Nachlässigkeit in der Buchführung vorzuliegen. Von der Staatsanwaltschaft ist ein Verfahren eingeleitet worden.

**Dessau.** Die neue Herzogshochzeit in Dessau. Nachdem in Berlin die Landesamtliche Eheführung des Herzogs Ernst von Anhalt mit der geschiedenen Ehefrau Eda Charlotte v. Rejzler geb. v. Stephan stattgefunden hatte, fand im Saalbau des herzoglichen Residenzschlosses zu Dessau die kirchliche Trauung durch den Oberhofprediger, Landesamtlichen Prediger, am 1. D. 1930 unter Aufsicht des Kaisers Saechs und eines Berliner Geistlichen statt. Am Anluß daran fand im herzoglichen Schloß das Hochzeitsmahl statt. Das herzogliche Ehepaar wird sich vorläufig auch im Schloß zu Dessau niederlassen.

**Coswig.** A. v. d. B. 1930. In Coswig. Die Tischgesellschaft hatten für zwei Wochen keinen Lohn erhalten und bei dem Konkurs prang auch nichts für sie heraus. Die arbeitslos gewordenen Tischgesellschaften haben sich nun zu einer Firma unter der Bezeichnung „Anstaltliche Holzindustrie Coswig, G. m. b. H.“ zusammengeschlossen.

### Aus Nah und Fern.

**Chemnitz.** Generalintendant Richard Tauscher hat den Rat der Stadt Chemnitz gebeten, ihn mit Ablauf seines Vertrages um Schluß der laufenden Spielzeit am 30. Juni 1930 von der Leitung des Chemnitzer Opernhauses und des Schauspielhauses im Hinblick auf sein vorgeschrittenes Alter (70 Jahre) zu entbinden. Der Rat hat beschlossen, dem Kandidaten- und Pensionseinkauf zuzustimmen und den Posten des Intendanten für die am 1. 9. 1930 beginnende neue Spielzeit in den nächsten Tagen auszuzeichnen.

**Breslau.** Juppellin bejagt Schellen. Im Anluß an seine Ballfahrt hatte das deutsche Großflüßchen nunmehr Schellen gefangen. Die letzten verbliebenen Schellen sind nun im See bei der letzten Spielzeit vor 9 30 Uhr Uhr, nachdem er über dem Breslauer Flugplatz einen Vorbeugungsabgang hatte, den Kurs direkt nach Nordosten, überflieg Hamslau, Kreuzburg und Döppel. Wegen des schlechten Wetters mußte das Flößchen vorzeitig nach Friedrichshagen heimkehren.

**Moers.** Mit einem jagatigen Gepreß. Am 1. September besaß die das hiesige Gericht. Am 1. September d. S. wurde der Wohnung des Generaldirektors Sartorius in Homberg ein Raub verübt, in dem

sich zwei Briefkästen befanden und ein Brief, der lautete: „Hier fordern Sie mit vielen Tausend Mark, mitzulegen, andernfalls können Sie Ihr Testament machen“. Die Homberger Polizei ließ eine der Briefkästen aufsteigen und mit einem Flugzeug verfolgen. Die Tante ging in Hochsiede auf dem Dach eines Bergmanns nieder. Die Polizei drang in das Haus ein, fand die Tante im Schling und verhaftete die kranken Tante Wilhelm Gressen (17 Jahre) und Bernhard Feldmann (18 Jahre). Das Gericht hat zu folgendem Urteil: Wegen verübter Erpressung in Tateinheit mit Todesandrohung erhalten Gressen acht Monate und Feldmann sieben Monate Gefängnis.

**Kön.** Große Schadenfeuer. Nachts brach in der Höhenland Gebirgsfeuer. G. m. b. H. in dem Vorort Dellbrück ein Großfeuer aus, das in kurzer Zeit das große Vorratslager in Gabelbüren vollkommen vernichtete. Der Schaden wird auf 750000 Mark geschätzt. Die Ursache des Feuers ist vermutlich Selbstentzündung.

### Silbermünzen für den Zeppelin-Weltflug.

Berlin, 18. Oktober. Der Reichsrat hat seine Zustimmung zu einer Vorlage, die die Ausprägung von Silbermünzen aus Anlaß des ersten Weltfluges des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ bewirkt. Es sollen drei Millionen Mark Dreimarckstücke und zwei Millionen Mark Fünfmarckstücke als Erinnerungsmünzen an allen deutschen Münzstätten geprägt werden. In der Begründung heißt es, daß der erste Weltflug des „Graf Zeppelin“ ein Ereignis von herausragender Bedeutung ist, daß es gescheitert ergebnislos viele Tote durch die Auslösung einer Erinnerungsmünze auch für die Nachwelt festhalten. Die Schanze wird die durch Vänge- und Breitengrade veranschaulichten nördlichen und südlichen Teile der Weltkarte zeigen; in der reinen Mittelstraße ist das Luftschiff dargestellt. Ueber ihm das Wort „Zeppelin“, darunter das Wort „Weltflug“.

### Der österreichische Justizminister in Berlin.

Berlin, 18. Oktober. Der österreichische Bundesminister für Justiz, Dr. Slama, ist in Begleitung seiner Gattin in Berlin eingetroffen. Zur Begrüßung hatten sich der Reichsjustizminister v. Guenther und der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Franz mit seiner Gattin, auf dem Bahnhof eingefunden. Minister Dr. Slama hat im Laufe des Vormittags dem Reichsjustizminister einen Besuch abgestattet.

### Haushaltsausschuß am 28. Oktober.

Berlin, 18. Oktober. Der Haushaltsausschuß des Reichstages ist zur Beratung der Haushaltsaufstellung und verschiedenen Berichten zum Montag, den 28. Oktober, einberufen worden.

### Freipruch von der Anklage der Geheimbündelei.

Kiel, 18. Oktober. Der Student Robert Nitz und vier andere junge Leute aus Kiel waren beschuldigt worden, im Mai vorigen Jahres in geheimen Zusammenkünften den in Preußen verbotenen Wikingbund weitergeführt zu haben. In dieser Angelegenheit wurde jetzt vor dem Kieler Schöffengericht verhandelt. Die Angeklagten wurden freigesprochen, weil nicht erwiesen werden konnte, daß sie nach dem Erlaß des Amnestiegesetzes vom 1. Januar 1928 weiterhin eine geheime Verbindung unterhalten hatten.

### Bürgermeister Schneider suspendiert.

Wie dürfte das Disziplinargericht entscheiden?

Berlin, 17. Oktober. Durch ein jetzt von der Bezirksversammlung Berlin-Mitte einstimmig beschlossenes Mißtrauensvotum gegen den Bezirksbürgermeister Schneider ist im Falle Klare-Schneider eine neue Lage entstanden. Das Mißtrauensvotum der Bezirksversammlung hat nicht die Wirkung, die ein Mißtrauensvotum eines Parlaments gegen eine Regierung hat. Wer es ist eine Unmöglichkeit für die von der Bezirksversammlung gewählten Vertreter, einem Bürgermeister arbeiten zu müssen, dem sie ihr Vertrauen nicht mehr zu geben vermögen. Auf Grund der bisher bei den Disziplinargerichten gemachten Erfahrungen wird vermutlich eine Entscheidung dahin zu erwarten sein, daß dem Bürgermeister Schneider ein Teil der Funktion verweigert wird, wenn auch nicht auf Lebenszeit, so doch für eine gewisse Zeit, um ihm die Möglichkeit zu schaffen, einen anderen Beruf zu ergreifen.

Wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, hat Bürgermeister Scholz bei in Vertretung des Oberbürgermeisters dem Bürgermeister Schneider vom Bezirksamt die Ausübung seiner Funktionen auf Grund des Disziplinargesetzes vorläufig untersagt.

### Schiffsunfälle an der finnischen Küste.

Der Dampfer in Seeno.

Stockholm, 18. Oktober.

Auch an der finnischen Küste haben die Stürme der letzten Tage eine Reihe von Schiffsunfällen herbeigeführt. Das baltische Dampferboot „Aitan“, das sich auf dem Weg von Petersburg nach Uleåbåck befand, landete in der Nähe der estnischen Küste Sillreue aus, die in Hangö (Südfinnland) angelegten wurden.

Von den drei Schleppschiffen des „Aitan“ hatte sich der eine losgerissen und trieb ins Meer hinaus, da das Bugboot die beiden anderen Schleppschiffe nicht im Stich lassen und Hilfe bringen konnte. Auf dem abgetriebenen Schleppschiff befanden sich mehrere Mann Besatzung, über deren Schicksal nichts bekannt ist. Der Bergungsdampfer „Meteor“ ist von Reval abgegangen, um nach dem Schleppschiff zu suchen.

Weiterhin ist der estnische Dreimastdampfer „Fales“ bei Frederikshavn gestrandet; da der Wasserpiegel hart gefallen ist, wird das Schiff waad werden.

Obwohl sich zwei Bergungsdampfer in der Nähe befinden, war es bei dem hohen Seegang bisher noch nicht möglich, die Bergung des Dreimastdampfers zu retten.

Der bei Korhärn an der finnischen Küste gestrandete griechische Dampfer „Diamantis“ ist durch die Sturmflut waad geworden, so daß keine Bergung mehr möglich erscheint.

Die 30 Mann starke Bergungsmannschaft die Nacht auf dem mit Wasser gefüllten Schiff verbrachten, da kein Rettungsboot bei dem hohen Seegang Hilfe bringen konnte. Schicksallich ist ein Zollschiff bei Brachfeld gestrandet.

### Sturm über Lettland.

Der seit drei Tagen über Lettland wütende Sturm erreichte wiederholt eine Stärke von 22 bis 30 Sekunden-

metern. Er hat überall unvorstellbaren Schaden angerichtet. Das Wasser der Dina ist durch den Sturm meist über normal getrieben. Die Straßen in den östlich gelegenen Ufergebieten sind überflutet. Auch auf dem Meer hat der Sturm Opfer gefordert.

### Bei Donesnaes ist der deutsche Gelehrte „Enchime“ auf eine Untiefe gestürzt.

Nur mit großer Mühe gelang es, die leuchtendblaue Belagung in Rettungsbooten zu bergen. Die lettischfinnischen Küstenfunkstationen haben

### ES-Muse eines deutschen Dampfers

empfangen. Der sich, wie man annimmt, zwischen Gotland und Åland in Seeno befindet. Der Name des Dampfers konnte bisher nicht festgestellt werden.

### Mehrere lettischfinnische Gelehrte

gestorben ebenfalls in schwedische Seeno und konnten zum Teil nur unter Verlust ihrer Bekleidung von Seefischern geborgen werden. Bei Bergungsarbeiten erkrankt bei der Rettung Dinamünde ein Soldat.

### Beginnt der Kampf ernstlich?

Russischer Vormarsch in der Mandchurie.

London, 18. Oktober.

In Tokio eingegangene Meldungen aus Mandchurie stellen eine starke Beunruhigung des chinesischen Hauptquartiers in Krim über den Vormarsch der russischen Truppen auf den Fluß Sangari fest.

Die Russen haben dort Hualschau in der Nähe von Jutung besetzt und drohen auf die für die chinesischen Truppen sehr bedeutsame Stadt Jian auf dem Wege nach Garbin vorzurücken. Marschall Tchangshueiung hat auf die Mitteilungen über diese besorgniserregenden Vorgänge sofort die militärischen Führer zu einer Beratung zusammenberufen, um die notwendigen Abwehrmaßnahmen zu besprechen.

Aus Garbin wird gemeldet, daß in der Gegend zwischen Sintang und Jutung heftige Kämpfe zwischen Chinesen und Russen im Gange seien. Jutung befindet sich in unmittelbarer Gefahr, von der russischen Vorhut besetzt zu werden. Nach einer weiteren Mitteilung ist eine chinesische Abteilung von 2400 Mann nach Jutung entsandt worden, um die Besetzung der Stadt durch die russischen Truppen auf jeden Fall zu verhindern.

### Vor einem Abkommen Fensang mit Nanjing?

Peking, 18. Oktober.

Die chinesische Regierung veröffentlichte eine Verlautbarung über die politische Lage in China, in der mitgeteilt wird, daß die Gefahr eines Bürgerkrieges durch die neuen Friedensverhandlungen zwischen Tschiangkaihschick und Fensang nicht ausgeschlossen werden kann. Es sei der Regierung gelungen, durch Vermittlung des Generals Jen den Vormarsch der Truppen Fensang auf Peking zum Stillstand zu bringen. Die Regierung hoffe in den nächsten 24 Stunden mit Fensang ein Abkommen zu treffen.

### Keine Chronik.

# Die Unterjagung des Falken Rambo. Die Unterjagung haben bisher ergeben, daß der Sowjetische Rambo, der in der Nacht mit einer schweren Schmittmühle am Hals aufgehoben wurde, am 14. Oktober aus Paris in Warschau eingetroffen ist und versucht hat, sich eine polizeiliche Aufenthaltserlaubnis zu verschaffen. Sein Gesuch wurde jedoch abgelehnt. Die Warschauer Behörden werden versuchen, ihn festzusetzen, was für eine Verantwortlichkeit für hinter dem Namen Rambo verdrängt und aus welchen Gründen der Sowjetische keine Reise von Paris nach Moskau in Warschau unterbrochen hat. Der Schweizer, dessen Leben nicht bedroht ist, kann nach keine weiteren Aussagen machen.

# Ein holländischer Bürgermeister wegen Beantwörung beschuldigt. Wie aus Brno berichtet wird, wurde dieser Tag der Bürgermeister der Gemeinde Dragowitz bei Jarobitz, der holländische Nationalsozialist Jemera, wegen Beantwörung holländischer Gelder verhaftet. Jemera ist in der letzten Zeit wiederholt in einer Bar in Jarobitz gesehen worden, wo er in letzter Gesellschaft große Beträge verbrachte. Eine Untersuchung deckte seine Unterjagungen auf, worauf Jemera in Haft genommen wurde.

# Eine romantische Einbrecherin. Brilm und Umgebung wurden in der letzten Zeit von einer Räuberbande unruhig gemacht, die zahlreiche Stahlschäfer aufbrach und Bargeld und Gegenstände im Werte von über 100000 Mark raubte. Unter den namenhaften verhafteten Einbrechern befindet sich auch ein Gymnasialist namens Cäcilie Barck, die sich in einem der Verbrechen verwickelt hatte und jetzt wegen ihrer Studien aufgeht.

# Erdbeben in Tschechien. Wie aus Moskau gemeldet wird, ereignete sich in Tschechien ein Erdbeben, das über zwei Minuten andauerte. Mehrere Häuser stürzten ein. Bis jetzt sind vier Tote und sieben Verletzte zu verzeichnen.

### Wochenend-Wetterbericht der D. S.

Wochenend-Wetterbericht der D. S.

Das Nordmeerfeld wandert zur mittleren Ostsee. Seit bis nach Norddeutschland reichender Nebel, der die warmen Luftmassen bereits bis Schleien vorgezogen und stärkere Bewölkung gebracht. Mit der Ostbewegung des Tiefes gelangen wir bald unter höhere Luft, die ihren Ursprung auf nördlichen Breiten des Ozeans hat. Diese höhere Luft ist von Niederschlägen begleitet, die sich bis nach Mitteldeutschland herein erstrecken und eine Abkühlung bringen werden. Ein Abbruch des Tiefdruckgebietes scheint zu nicht gegeben. Neue Störungen scheinen von Island her zu folgen, während das kontinentale Hochdruckgebiet vorläufig gestört ist.

Vorhersage: Nachts oder vornehmlich große Bewölkung bei weithin starker Luftzufuhr, geringe Abkühlung und stärke Neigung zu Niederschlägen.

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegt ein Prospekt der Firma Radio-Fürmann, Dresden über Philips Erzeugnisse bei. Außer den darin erwähnten Apparaturen usw. besitzt die Firma Radio-Fürmann, Dresden ein großes Radiolager, wobei jeder Interesse in der vielfältig gebotenen Auswahl für sich das Mögliche finden dürfte.

### Kirchliche Nachrichten

21. Sonntag nach Trinitatis, den 20. Oktober 1929.

10 Uhr: Hauptgottesdienst in der Kirche.  
12 Uhr: Abendgottesdienst für die ältere Abteilung in der Kirche.  
12 1/2 Uhr: Abendgottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindefaal.  
Abends 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindefaal (6. Wille des Vaterunsers).

Freitag, abends 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindefaal.

**Bekanntmachung.**

Im Nachgange zur Bekanntmachung vom 10. Oktober d. Js. wird darauf hingewiesen, daß die **Bürgerlisten** (Wahllisten) für die am 17. November d. Js. stattfindenden freien und freiwilliglandtagswahlen am **Sonntag, den 20. Oktober d. Js.** in der Zeit von **11—12 Uhr** zu jedermanns Einsicht im Magistratsbüro öffentlich ausliegen.

Den Wahlberechtigten sind bereits bezug. gehen nach Benachrichtigungsschreiben über ihre Eintragung in die Wahlliste zu. Diese Benachrichtigungsschreiben sind sorgfältig aufzubewahren und dem Wahlvorsteher am Wahltag vorzulegen.

Jedem Wahlberechtigten, denen ein Benachrichtigungsschreiben zugegangen ist, sind bestimmt in der Wahlliste eingetragen und brauchen daher die Wahlliste nicht einzusehen. Wahlberechtigte, die ein Benachrichtigungsschreiben nicht erhalten haben, sind auch nicht in der Wahlliste eingetragen, sie müssen unbedingt vor Ablauf der Auslegungfrist ihre Eintragung beim Magistrat beantragen.

Nebr a., den 18. Oktober 1929.

Der Magistrat. J. B. Melb.

**Bekanntmachung.**

Im Nachgange zu der Bekanntmachung vom 11. Oktober d. Js. wird darauf hingewiesen, daß die **Eintragungslisten** für das **Volksbegehren** am **Sonntag, den 20. und 27. Oktober d. Js.** in der Zeit von **11—12 Uhr** im Magistratsbüro zur Eintragung öffentlich ausliegen.

Nebr a., den 18. Oktober 1929.

Der Magistrat. Melb.

**Bekanntmachung.**

Die Hausbesitzer werden aufgefordert, daß noch in ihrem Besitz befindliche **Baumaterial** zur **Personenhandkaufnahme** bis **spätestens Montag, den 21. Oktober d. Js.**, auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 8, abzugeben. Kommen die Hausbesitzer ihren Verpflichtungen bis zum gesteckten Termin nicht nach, so kann auf Grund des § 202 der Reichsabgabenordnung **Verkauf** erfolgen.

Nebr a., den 18. Oktober 1929.

Der Magistrat. Melb.

**Oeffentliche Stadtverordneten-Sitzung**  
am **Dienstag, den 22. Oktober 1929, abends 8 1/2 Uhr** im **Gasthof „Weißes Roß“**.

- Tagesordnung:**
1. Semtnaßnahmen.
  2. Beschlußfassung über Legung einer Wasserleitung für den Weinsdorfer Weg und Beschlußfassung über Entwässerung der Straße.
  3. Beschlußfassung über den Antrag der Klempner Hermann Brümmer und Otto Gröbner auf Zulassung zum Anbohren des hölzernen Rohres bei Legung von Gausenkanälen.
  4. Beschlußfassung über Anschaffung von Defen für das Rathauskellerräum und Ausführung von verschobenen Reparaturarbeiten.
  5. Stellungnahme zu dem Gutachten betr. Stadtwohnhausbau.
  6. Beschlußfassung über den Antrag der Gebrüder Forbel auf Ueberlassung von Bungalowen.
  7. Beschlußfassung über den Antrag der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft in Leipzig auf Anlage einer zweiten Tankstelle vor dem Grundstück der Firma Max Scheider Stadf.
  8. Beschlußfassung über Anschaffung eines Radioparates für die Volksschule.
- Hierauf geschlossene Sitzung.

Nebr a., den 18. Oktober 1929.

Der Stadtverordnetenvorsteher. M. a. y.

**Oeffentliche Stenermahnung.**

Die am 15. ds. Mts. für den Monat Oktober 1929 fällig gemessenen **Stener** und zwar: Grund-, Kommunal- und Hauszinsstener, sowie Hundestener für das II. Halbjahr 1929 und Gewerbestener nach dem Kapital und dem Ertrage für das III. Vierteljahr 1929 sind binnen **drei Tagen** an die Stadtsteuereasse zu entrichten.

Eine Befreiung von Maßsetzeln findet nicht statt. Bei Nichtzahlung wird der entstandene Schuldbetrag gegebenenfalls im Wege der Zwangsvollstreckung eingezogen werden.

Nebr a. u., den 18. Oktober 1929.

Die Stadtsteuereasse. Der Magistrat.

**Oberförsterei Ziegelroda**

versteigert **Wittwoch, den 23. Oktober** von **9 Uhr** ab im **Damm-Bierischen Gasthaus in Ziegelroda** Folgendes:

- 1. 128, 149 = 200 Stämme mit 3 fm N1, 52 fm N2, 9 fm N3 und 4, 4 r m Schichtholz II. Kl. (Büttcherware). Buche. Dftr. 96 = 70 Stämme mit 19 fm N2, 17 fm N3 und 4, 1 Birke. Dftr. 65, 95, 96, 128 = 34 Stämme mit 5 fm N1, 6 fm N2. Birke. Dftr. 10, 95 = 5 Stk. mit 4 fm N2. Birke, Eiche. Dftr. 8, 36, 52, 72, 80, 92 = 100 Stämme mit 19 fm N1a, b; 30 fm N2a, b; 15 Stk. Stangenstangen I., 28 II., 20 III., 6 Stk. IV., 5 Stk. V., 9 Stk. VI., 11 Stk. VII., 3 Stk. VIII. Hl. **Brennholz**, Eiche, Buche. Dftr. 6, 10, 40, 65, 67, 68, 72-76, 80-85, 88 = 400 m Scheit u. Knuppel. Dftr. 8, 75, 88, 117 = 800 m Reststangenbauern, Birke, Linde. Dftr. 72, 75, 118 = 80 m Scheit und Knuppel, 10 m Reis I. **Reisholz**. Dftr. 6, 65, 75, 76, 84 = 55 m Scheit und Knuppel. **Knapppreise** bis 50 Rbl. sind im Termin bar zu zahlen.

**Im Schützenhaus zu Nebr a. U.**

Sonntag nachmittag von 3 Uhr an **stimmungsvolles Oktoberfest**

in der Tanzdiele und den unteren ausgeschmückten Räumen. **Abends von 8 Uhr an Grosse Ueberraschungen**

u. a.: Konfettischlacht, Lauschlängenwirbel, Kappenverteilung, Mondscheinwitzer u. s. f. **Eintritt frei!**

Es laden freundlichst ein **R. Janda u. Frau**

**Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof**

Sonntag, den 20. Oktober, 8 1/2 Uhr:

**Lühows wilde verwegene Jagd**

Genre:

**Olly hat Pech.**

Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

**Miele Melkmaschine**



**Einfach, Betriebssicher, Dauerhaft, Preiswert.**

Die Merkmale aller Miele-Erzeugnisse.

**Mielewerke A.G. Gütersloh/Westfalen**  
Über 2000 Beamte und Arbeiter.

Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

**Wie neu**  
für nur **6.50 Mk.** chem.

**reingt und bügelt**  
Ihren Anzug

**Färberei Bartels**

Annahme: Friedrich Krey, Nebr a.



Runzeln und Fältchen über der Nasenwurzel, der Stirn, neben und unter den Augen entstehen, wenn Sie einen **AUGENFEHLER** haben, der nicht richtig auskorrigiert ist. Andere Beschwerden, wie z. B. Kopfschmerzen oder Druck über den Augen nach längerem Lesen, Sticken usw., Migräne, leichtes Tränen der Augen, Schwindelgefühl, schnelles Ermüden, Verschwimmen der Buchstaben und Zeilen sind auf die gleiche Ursache zurückzuführen. Lassen Sie sich daher Ihre Augen durch mich richtig auskorrigieren.

Das Fachgeschäft für moderne Brillen-Optik **Rudolf Gabriel, Rossleben** Staat. geprüfter Optiker **Fachmännische Brillen-Anpassung** auf wissenschaftlicher Grundlage

**Drucksachen**

liefert **aller Art** **prompt** **für alle Geschäftszwecke** **und preiswert** **für jeden Privatbedarf** **die** **in besten Ausführungen**

**Buchdruckerei Wilh. Sauer**


**VITZENBURG**

Sonntag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr

**Tanzvergügen**

Hotie Musik! **Lanzgeld frei!**

Es ladet freundlichst ein **Otto Biermann.**



**Merken Sie sich WOLKO**  
Herrn u. Damen Schuhe

**8 75 10 75 12 75 14 75**

**Hermann Sachse**  
Schuhmachermeister.

**Radio-Fürstmann, Rossleben**  
Das Spezialgeschäft des Unstruttals

empfeilt sich zur Anlage von Radiogeräten bei bester Bedienung, auch gegen bequeme Monatsraten-Zahlung. Besuchen Sie das reichhaltige Lager und lassen Sie sich die verschiedenen Apparate unverzüglich vorführen.

**Stets am Lager sind für Netzbetrieb**

Telefunken 40, Paladix 20, Seife-Vieröhren-Schirmgitter, Mora 3 und 4 Röhren, Loanz, 4 Röhren, Huth-Schirmgitter, AEG 3 Röhren. — Für Batteriebetrieb 20 verschiedene Markenfabrikate. Pertrix-Anoden stets frisch am Lager. Lautsprecher, elektronenoptisch und elektrodynamische in denkbar grösster Auswahl. Netzanoden in allen Preislagen.

**Valer. Frauenverein**  
Dienstag nachm. 1/2 3 Uhr

**Jahres-Veriammlung**  
im „Brauereischen Hof“.

Alle Mitglieder werden herzlich eingeladen.

1 1/2 Morgen **Feld**  
am **Grabenmühlengweg** ist sofort zu verpachten.

**Frau Barthel.**

**Speise-Möhlren**  
gibt ab **Fritz Dreße, Pretitz.**

**Bindfadenverkaufskasten.**  
dick, mittel, dünn und fein für Haushalt, Papier, Wästen- u. Eisenwarengeschäfte. Mutterstiele feststehend, ca. 3-4-5-6 mm Korbel, wie Sie ihn brauchen. **Hanfspinnerei in Wolfenbüttel, Postfach 32.**

Den Herren **Gastwirten** empfehle ich meine **Kraftverfäbreranlagen** und führe dieselben gern unverbindlich vor. Bitte wenden Sie sich an das Spezialgeschäft d. Unstruttals **Radio-Fürstmann Rossleben**

**Gämtliche Zeitschriften**

des In- und Auslandes, auch Verfahrungszeitschriften wie:

- Der Bergfried
- Das Buch für Alle
- Sie Die
- Der Selter
- Deutsche Handw. Zeitung
- Botenbote
- Spert und Gemühdelt
- Das Blatt der Hausfrau
- Familienhort
- Der Hausfreund
- Hand und Leute
- Nach Feierabend
- Schöne Die
- Volks Familienhilfe
- Wohlfahrt
- u. m. a.

Liefert pünktlich und ohne Anfrschlag **Buchhandlung W. Scharf**

# Nebrer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.30 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Weltmarkt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 124

Sonnabend, den 19. Oktober 1929

42. Jahrgang

## Reichspräsident und Volksbegehren.

Sindenburg will nicht in den Streit gezogen werden.  
— Berlin, 17. Oktober.  
Wie amtl. mitgeteilt wird, hat der Reichspräsident an den Reichsanstler das nachstehende Schreiben gelangen lassen:  
Berlin, den 16. Oktober 1929.

Sehr geehrter Herr Reichsanstler!  
Mit steigendem Befremden habe ich die Wahrnehmung machen müssen, daß in dem Kampf um das Volksbegehren sowohl von den Reichspräsidenten als auch von den das Volksbegehren bekämpfenden Parteien und Gruppen meine Person und meine mutmaßliche persönliche Meinung zur Frage des sogenannten Young-Planes in die Agitation hineingezogen wird. Von der einen Seite wird behauptet, daß ich ein Freund des Volksbegehrens wäre, und von der anderen Seite betont, daß ich mich für die Annahme des Young-Planes ausgesprochen hätte.  
Demgegenüber stelle ich fest, daß ich niemandem die Ermächtigung erteilt oder sonst einen Anhalt gegeben habe, meine persönliche Meinung zu diesem Problem bekanntzugeben. Ich habe im Gegenteil stets betont, daß ich mit meine endgültige Stellungnahme zu dem Young-Plan bis zu dem Zeitpunkt vorbehalte, in dem diese hochbedeutsame Frage zur Entscheidung reif ist und nach Maßgabe der Artikel 70, 72 und 73 der Reichsverfassung zur Entscheidung über eine Veränderung oder eine Aushebung der Verfassung verfassungsmäßig zustandekomme. Gehe ich an mich heran, und hieran halte ich mich sehr fest.

Ich bitte Sie, Herr Reichsanstler, hiervon Kenntnis zu nehmen und das Vorstehende den in dem Kampf um das Volksbegehren beteiligten Parteien und Gruppen in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise zur Kenntnis zu geben.  
Mit freundlichen Grüßen bin ich  
Ihr ergebener  
von Hindenburg.

Von Seiten der Reichsregierung wird hierzu erklärt: „Die Reichsregierung erwartet, daß die an der Agitation für und gegen das Volksbegehren beteiligten Gruppen, vor allem der Reichspräsidenten für das deutsche Volksbegehren, die Verleumdung des Herrn Reichspräsidenten entsprechend seinem Wunsch nimmere im Meinungsstreit um die Gesetzesanträge für das deutsche Volksbegehren fernhalten.“

## Hart auf hart.

Die deutschnationalen Anträge im Landtag.

Der Preussische Landtag überwiegt zunächst ohne deutschnationalen Antrag über den Bauplan für die Erfurter Wohngebiete. Die deutschnationalen Anträge sind im Landtag gegen den Bauplan zu stimmen. Nach dem zweiten Antrag soll die Staatsregierung im Dienstleistungswege die sofortige Walfahrt des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Böhm aus Amerika veranlassen. Ein weiterer Antrag verlangt die Aufhebung des für Rheinland-Westfalen ausgeprochenen Stahlschmelz-Verbots, ein anderer Antrag fordert eine Erhöhung des Staatsministeriums, daß jeder Beamte das Recht habe, sich am Volksbegehren und am Volkseinstieg gegen den Youngplan zu beteiligen. Schließlich ist mit der Beratung verbunden das von den Deutschnationalen gegen das Gesamtministerium eingebrachte Mißtrauensvotum, das mit dem Stahlschmelz-Verbot verbunden ist.

Abg. Wacker (Dnt.) begründete die deutschnationalen Anträge. Erstes sei das deutsche Volk von seiner Regierung so unzulänglich und falsch unterrichtet worden wie jetzt über den Youngplan. Bei richtiger Berechnung ergäbe sich, daß der Youngplan dem Davesplan gegenüber nicht das kleinere Übel darstelle, sondern daß er infolgedessen auf die Dauer das deutsche Volk schwerer belaste als der Davesplan. Die in den ersten zehn Jahren eintretende Erleichterung sei so gering, daß die Einführung großer Steuererhöhungen schon längst wieder zurückgenommen werden sei. Brand hatte vor den deutschen Delegierten im Senat erklärt, erst ist durch Auslösung einer Krise des Locarno-Vertrages möglich die vorher fehlende Möglichkeit geschaffen worden, an Ort und Stelle in der rheinischen unmittelbarsten Zone Untersuchungen anzustellen. (Hört, hört! rechts.) Wenn ein Teil der Deutschnationalen innererzeit dem Davesplan zustimmte, so geschah das in der Erwartung, daß die deutsche Politik nun so geführt werden würde, daß in dem bald eintretenden Augenblick der Revision des Dawesplans Deutschland wirtschaftlich gestärkt bekäme. Die deutsche Politik ist aber den entgegengesetzten Weg gegangen. Jetzt würde aller-



Aus dieser Erkenntnis heraus habe ich in meinem Rundfunkvortrag ausgeführt, daß ich es nicht verstehen würde, wenn ein Staatsbeamter das Volksbegehren unterzeichnete und sich damit den Vorwurf des Landesverrats sowie den Antrag auf Justizverurteilung der obersten Reichsbehörde zu eigen machte. Diesen Standpunkt nehmen auch die großen Beamtenverbände ein, was für den gesunden Sinn, der in unserer Beamtenchaft herrscht, spricht. Ich spreche deshalb auch hier noch einmal namens des gesamten Staatsministeriums die bestimmte Erwartung aus, daß sich jeder Staatsbeamte in vollem Bewußtsein seiner Pflichten, die er auch gegenüberlich dem Staats gegenüber hat, darüber klar sein wird, daß ein Eintreten für das Volksbegehren, gleichviel in welcher Form, mit seinen Beamtenpflichten nicht vereinbar ist. (Lebhafte Beifall bei den Regierungspartei, stürmische Zurufe und Anrufe rechts.)

Innenminister Erzsefint ging im einzelnen auf die Gründe ein, die ihn zum Verbot des Stahlschmelz in den Provinzen Rheinland und Westfalen veranlassen. Er stellte fest, daß ein Hand umfangreichen Materials einanderfallig festgestellt worden sei, daß es sich bei dem Stahlschmelz, das der Anlaß des Verbotes war, um ein militärisches Material nach den neuesten militärischen Grundsätzen gehandelt habe. Das Volksbegehren ist amtl. zugelassen und wird selbstverständlich ohne Behinderung verfassungsmäßig durchgeführt. (Großes Gelächter und Zurufe rechts.) Ich befinde mich durchaus nicht im Widerspruch zu dem Ministerpräsidenten, denn eine Beteiligung am Volksbegehren ist mit den verfassungsmäßigen Pflichten des Beamten nicht vereinbar. (Anmacht sich, daß den Volksbeamteten irgendeine Weise in der Richtung gegeben worden wäre, auch das Material für die Durchführung des Volksbegehrens wegzunehmen.)

## Ein Zwischenfall.

In diesem Augenblick wurden von Dieren zwei große Tafeln in den Saal gebracht und hinter dem Minister aufgestellt, auf denen eine große Anzahl von Waffen aller Art angeheftet waren. Viele Waffen sollen in nationalsozialistischen Versammlungen beschlagnahmt worden sein. Es entstand eine heftige Unruhe, daß Ministerpräsident von Kries mit seiner Gede nicht mehr durchdringen konnte und die Sitzung für kurze Zeit unterbrochen werden mußte.

## Die zweite Sitzung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Innenminister Erzsefint in Fortsetzung seiner Rede, er sei auf die tiefste erschüttert über das Gelächter, mit dem die Aufstellung der Waffen auf der rechten begleitet worden sei. Mit den angelegten Waffen seien auch Volksbeamtete erschossen worden. (Hört, hört! bei den Regierungspartei.) Ein Teil der Waffen sei auch den Kommunisten abgenommen worden. (Lärm bei den Kommunisten.) In diesen Tatsachen zeige sich eine ungläubliche Verzweiflung und Entfremdung des politischen Kampfes.

## Abg. Reinert (Soj.)

betonte, die Sozialdemokraten ständen mit dem feilen Willen hinter der Regierung, Zustände in Deutschland herzustellen, die es jedem ermöglichen, sich ohne Lebensgefahr politisch zu betätigen.

## Abg. Steuer Dnt.

erklärte, die vom Minister gereigten Waffen seien offenbar

bei einzelnen Personen vorgefunden worden. Daß sie listig-mäßig von einer Partei benutzt werden sollten, ist nicht anzunehmen. Es müsse sehr merkwürdig berühren, wenn die preussische Regierung unter Berufung auf ein vom Auslande dem deutschen Volke aufgelegtes Entwaffnungsgebot das Verbot des Stahlschmelz erlasse. (Sehr richtig! rechts.) Die wahren Gründe seien in dem Kampf gegen das Volksbegehren zu suchen. Militärische Übungen unternehme auch das Reichsbanner.

## Abg. Kube (Nat.-Soj.)

beantragte die Herbeirufung des Ministerpräsidenten Braun. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Rechten und der Kommunisten angenommen, da die Bänke der Regierungspartei nun leuchtend leuchteten waren.

## Innenminister Erzsefint

nahm dann noch einmal das Wort, um sich zu dem Antrag auf Juridikberatung des Oberbürgermeisters Böhm zu äußern. Einleitend wandte er sich scharf gegen das Anführen des Abgeordneten Kube während seiner Rede und nannte ihn eine „Propaganda in Person“. (Ministerpräsident Dr. von Kries rief diese Ausdrucksweise: „Die Nationalsozialisten rufen dem Minister zu: „Kleiner Mussolini in der Bekleidungs!“) Der Minister betonte, daß die Staatsregierung es ablehnen werde, diesem Einfall grundrühliche Bedeutung für die Frage der Selbstverwaltung und Selbstverwaltung beizulegen.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

## — Berlin, 18. Oktober.

Der Preussische Landtag überwiegt zunächst ohne deutschnationalen Antrag, der Einwirkung auf die preussische Zentralgenossenschaftslage dahin verlegt, daß der Altersmäßigen Lebensversicherungsgenossenschaft eine Ermäßigung ihrer Schuldverpflichtungen an die Raiffeisenbank um 300 000 Mark gewährt werde, dem zukünftigen Ausschuss.

Annahme fanden eine Reihe von Anträgen des Hauptauschusses, worin u. a. gefordert wird, daß in größeren Umfange Berufsvereine der Landwirtschaft zur Befestigung von Mitterungsflächen hinzugezogen werden. Ferner soll das Staatsministerium zur Behebung der Arbeitslosigkeit im Winter wieder einen Teil der laufenden Baubunterhaltungsmittel zur Verfügung stellen.

Darauf setzte der Landtag die Zahl der Mitglieder für den neu einzulegenden Städt.-Unterrichtsausschuss auf 29 fest. Sodann wurde

## die politische Aussprache

über die deutschnationalen Anträge fortgesetzt.

## Abg. Dr. Böhm (Dnt.)

hinmte dem Antrag auf Niedersetzung des Oberbürgermeisters Böhm zu. Die endgültige Entscheidung über den Youngplan ist in dem jetzigen Stadium unmöglich, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. Was den Stahlschmelz anlangt, so bedauerte seine Freunde, daß die Leistung in die politische Arena herabgezogen sei. Notwendig sei die genaueste Nachprüfung der Verbotserweise. Der Minister hätte hier seine Antwort lassen sollen. Es wäre aus wärmtig zu begrüßen, wenn die großen Verbände freiwillig ihre Unternehmung aufgeben und zu billigeren Formen zurückkehren würden. Zum Volksbegehren erklärte der Redner, daß kein Beamter, der der Deutschen Volkspartei angehöre, seine Unterpflichten darunterlegen werde.

## Abg. Nibel (Dem.)

betonte, der Abg. Steuer (Dnt.) habe ungenügend erklärt, daß es den Verehrten des Volksbegehrens nur um den Kampf gegen die Republik gehe. Nach der Ansicht der Demokraten könne ein Beamter für das Volksbegehren nicht eintreten, denn sonst würde bei einem Mißerfolg des Volkseinstieges der Fall eintreten, daß der Beamte bei Durchführung des Young-Geetzes selber demüßigt Landesverrat beginge.

Abg. Heilmann (Wirtsch.P.) erklärte, trotz der ablehnenden Haltung seiner Partei gegenüber dem Youngplan halte sie das Volksbegehren für ein ganz ungelegenes Mittel. Abg. Weiser (Deutsche Fraktion) betonte, keine Fraktion sei Gegner des Volksbegehrens, hinter dem die Grundsätze der Großpartei ständen. Die politische Befreiungsfreiheit der Beamten müsse aber unter allen Umständen gewahrt bleiben. Abg. Kaufmann (Nat.-Soj.) nannte die Beschlüsse im Haag einen weiteren Schritt auf dem Wege der Vorbereitung des internationalen Finanzkapitals. Abg. (Soj.) erklärte, bei der heute stattfindenden Sitzung des Stahlschmelz werde sich der Reichspräsident von Hindenburg überlegen müssen, ob er dem Stahlschmelz immer noch als Ehrenmitglied angehören könne.

Abg. Dr. Winterfeld (Dnt.) gab eine Erklärung ab, in der es heißt: Die preussische Regierung hat durch den Herrn Ministerpräsidenten gestern im Landtag erklären lassen, daß sie die Beteiligung von Beamten am Volksbegehren nicht mit den Pflichten der Beamten für vereinbar hält und daß sie Verträge gegen diese Aufhebung abhandeln würde. Demgegenüber stellt die deutschnationalen Landtagsfraktion fest, daß durch die Zulassung des Volksbegehrens durch den Reichspräsidenten des Innern zum Ausdruck gebracht ist, daß das Volksbegehren nicht verfassungswidrig ist, also die Beteiligung daran gegen keinerlei gesetzliche Bestimmungen, insbesondere auch nicht gegen Disziplinargesetze verbotlich. Das Vorgehen der preussischen Staatsregierung ist demnach nichts anderes als ein plumper Einschüchterungsveruch gegen die Beamtenchaft. Wer haben den